

Antrag der Fraktion der CDU**Umgehend Einigung zur Weservertiefung erzielen!**

Die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nordwest hat den Entwurf des Beschlusses für die Außen- und Unterweservertiefung am 30. Dezember 2010 fertiggestellt und den Ländern Bremen und Niedersachsen zur Erteilung des Einvernehmens zugesendet. Die Weser ist eine Bundeswasserstraße, daher trägt der Bund die Kosten der Ausbaumaßnahme. Für die Belange der Wasserwirtschaft und Landeskultur sind auch an Bundeswasserstraßen jedoch die Länder zuständig. Ein rechtskräftiger Planfeststellungsbeschluss kann daher erst erlassen werden, wenn das Einvernehmen der Länder für die Belange der Wasserwirtschaft und Landeskultur erteilt worden ist.

Bei der Vertiefung der Außen- und Unterweser handelt es sich um eine der wichtigsten infrastruktur- und hafenpolitischen Maßnahmen für die maritime Wirtschaft Bremens und der gesamten Weserregion. Eine Angleichung des Flussbetts ist notwendig, da wegen des starken Wachstums der Container- und Massengutverkehre auf der Weser zunehmend größere Schiffe eingesetzt werden. Mit den Ausbaumaßnahmen wird die tideunabhängige Erreichbarkeit des Containerterminals Bremerhaven für Schiffe der „Jumbo-Klasse“ von 12,50 m auf 13,80 m sowie die tideabhängige Erreichbarkeit der landeinwärts gelegenen Seehäfen von 11,90 m auf 12,80 m (Brake) bzw. von 10,70 m auf 11,10 m (Bremen) verbessert.

Infolge der seit dem Jahr 2000 durchgeführten Machbarkeitsstudien und Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen ist die Weservertiefung aufgrund der hervorragenden Untersuchungsergebnisse in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) 2003 aufgenommen worden. Die Belange der Öffentlichkeit und des Naturschutzes wurden im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens eingehend berücksichtigt.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, das Einvernehmen zum Entwurf des Planfeststellungsbeschlusses der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nordwest über die Außen- und Unterweservertiefung schnellstens zu erteilen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf sicherzustellen, dass noch im laufenden Jahr mit der Umsetzung der Baumaßnahmen begonnen werden kann.

Paul Bödeker, Jörg Kastendiek, Dr. Rita Mohr-Lüllmann,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU